



# Wahlprogramm der Juso- Hochschulgruppe Karlsruhe 2012/13

*Chuck Norris würde Jusos wählen!*

Wahlaufruf	2
Aktiv in Senatskommissionen, Arbeitskreisen und Studentenwerk	2
Engagement braucht kein Parteibuch – unser Verhältnis zur SPD	2
Was heißt eigentlich vernünftig?	3
Diplom erhalten – Master weiterentwickeln	3
Keine Mobilität erzwingen – Master für alle	4
8 Semester Regelstudienzeit – Bologna studierbar machen	4
Militärforschung für Bundeswehr und Zivilklausel für <i>alle</i> anderen	5
Reiche Eltern für alle!	6
Sonstiges	7
Kommunalpolitik gestalten – Slacklineverbot aufheben	8
Semesterzeiten anpassen – Insellösungen vermeiden	9
KIT-Weiterentwicklungsgesetz – Teilerfolg und gebrochene Versprechen	9

## Wahlaufruf

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,

vom 16. bis 20. Januar 2012 finden die Wahlen zum Studierendenparlament und den Fachschaftsvorständen statt. Jeder am KIT immatrikulierte Studierende ist dazu aufgefordert, seine/ihre Stimme abzugeben. Wir, die Juso-Hochschulgruppe Karlsruhe, treten dieses Jahr unter dem Slogan *Chuck Norris würde Jusos wählen!* an. Insbesondere vor der anstehenden Einführung der Verfassten Studierendenschaft, was bereits ein großer Erfolg ist, müssen wir gemeinsam mit Euch studentische Mitsprache einfordern und die demokratische Hochschule verwirklichen. Deshalb: *Sei Chuck Norris. Wähl Jusos!*

*Deine Juso-Hochschulgruppe Karlsruhe*

## Aktiv in Senatskommissionen, Arbeitskreisen und Studentenwerk

Engagiert sein heißt für uns auch, dass jedes Mitglied der aktuellen Juso-Fraktion im Studierendenparlament (StuPa) in mindestens einem Arbeitskreis der Studierendenschaft oder einer Senatskommission aktiv ist. Für uns bedeutet ein StuPa-Mandat mehr als langwierige Diskussionen, es beinhaltet auch die Verantwortung, die Interessen der Studierendenschaft aktiv zu vertreten.

Konkret engagieren wir uns als studentische Vertreter im Verwaltungsrat des Studentenwerks (höchstes Organ des Studentenwerks), in der Vertretersammlung des Studentenwerks, in den Senatskommissionen für Lehre und Studium, für Auswahl und Zulassung, für die Studiengebührenverteilung und im Arbeitskreis Verfasste Studierendenschaft des U-Modells.

Während andere sich über Formalien beklagen, werden wir aktiv. Dieses Engagement wollen wir fortsetzen und würden uns daher über Zuwachs in unserer Fraktion freuen.

## Engagement braucht kein Parteibuch – unser Verhältnis zur SPD

Als eindeutig politische Hochschulgruppe stehen wir schnell im Verdacht lediglich der verlängerte Arm der SPD zu sein. Dieser Vorwurf ist jedoch unbegründet und wir lehnen ihn entschieden ab!

*Wahr ist:* Wir orientieren unsere Politik an sozialdemokratischen Grundsätzen und überproportional viele Mitglieder der Juso-Hochschulgruppe sind auch Mitglied der SPD.

*Wahr ist aber auch:* Weder sind alle Mitglieder der Juso-Hochschulgruppe SPD-Mitglieder noch haben Parteimitglieder Vorteile in der Juso-Hochschulgruppe.

*Wahr ist:* Die Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg bekommen Fahrtkosten zu landesweiten Vernetzungstreffen von der SPD erstattet und können teilweise landesweite Aktionen mit Hilfe der SPD finanzieren (klappt besonders gut alle fünf Jahre zum Landtagswahlkampf, sonst eher schlecht).

*Wahr ist aber auch:* Die Juso-Hochschulgruppe Karlsruhe bekommt keine regelmäßigen finanziellen Zuwendungen von der SPD oder dem Landesverband der Juso-Hochschulgruppen. Die Juso-Hochschulgruppe Karlsruhe finanziert sich größtenteils aus Spenden ihrer Mitglieder.

*Wahr ist:* Die Juso-Hochschulgruppen nehmen Einfluss auf die Positionierung der SPD, indem sie Anträge auf SPD-Parteitag, im SPD-Landesvorstand und in den Gremien der Parteiorganisation Jusos einbringen.

*Wahr ist aber auch:* Die Juso-Hochschulgruppen bekommen keine inhaltlichen Vorgaben von der SPD und sind nicht an die Beschlüsse der SPD gebunden.

## **Was heißt eigentlich vernünftig?**

Mehrere Listen treten zur diesjährigen StuPa-Wahl mit dem Slogan an, sie seien die Stimme der Vernunft oder sie stünden für eine vernünftige Politik. Aber was heißt eigentlich vernünftig?

Die Juso-Hochschulgruppe steht für eine Politik, die sich an sozialdemokratischen Grundsätzen orientiert. Wir beanspruchen jedoch nicht, DIE vernünftige Liste zu sein. Demokratie lebt von kontroversen Meinungen und unterschiedlichen Positionen. Sind Studiengebühren vernünftig oder nicht? Ist eine Zivilklausel blanker Unsinn oder notwendig? Was soll bevorzugt werden: höheres BAföG oder Deutschlandstipendium? Wer behauptet, dass es in diesen Fragen nur eine vernünftige Antwort gibt, verkennt die verschiedenen Meinungen und Interessen in der Studierendenschaft.

Wir werden: konstruktiv diskutieren, Argumente abwägen und entlang von transparenten Grundsätzen entscheiden.

## **Diplom erhalten – Master weiterentwickeln**

Das Diplom steht weltweit für eine solide und gründliche Bildung. Diese Marke wurde mit der Einführung von Bachelor und Master leichtfertig aufgegeben. Wer nun fordert, mit dem Master auch das Diplom wieder zu vergeben vernachlässigt jedoch, dass die

Bolognareform mehr sein will als eine bloße Namensänderung. Die Einführung des Masters als neues Diplom wird dem Anspruch einen neuen Abschluss geschaffen zu haben, nicht gerecht.

Master und Bachelor bescheinigen vor allem wissenschaftliche Qualifikationsgrade. Die inhaltlichen Kenntnisse werden neben dem Zeugnis auf dem Diploma Supplement ausgewiesen (Auflistung aller gehörten Vorlesungen). Das ehemalige Diplom entspricht einer Kombination von Mastertitel und einer Menge von Vorlesungen. Das Diplom sollte nach bestandenem Master also nur vergeben werden, wenn auch die entsprechenden Vorlesungen auf dem Diploma Supplement ausgewiesen sind. Somit ersetzen sich Master und Diplom nicht, sondern treten als ergänzende Abschlüsse auf. Mit dieser differenzierten Trennung von Master und Diplom ist es möglich, die Marke Diplom für fundierte Bildung zu erhalten und den Master zu einem Abschluss mit eigenem Profil weiterzuentwickeln.

Nach dieser Regelung würden unserer Kenntnis nach alle konsekutiven Masterstudiengänge am KIT mit einem Diplom abschließen – zusätzlich zum Master.

## **Keine Mobilität erzwingen – Master für alle**

Bachelorabsolventen und -absolventinnen müssen an der eigenen Hochschule einen Masterplatz angeboten bekommen. Für viele Studierende bedeutet das Studium auch einen Wechsel des Wohnortes, für viele auch zum ersten Mal Verantwortung für die eigene Unterkunft. Nach einem solchen Umbruch zu Beginn des Studiums ist es nicht sinnvoll, Studierende nach 6 Semestern zu einem erneuten Umzug zu zwingen. Soziale Kontakte und Planungssicherheit sind wesentliche Faktoren für ein erfolgreiches Studium und benötigen längere Zeit an einem Wohnort.

Wir fordern daher, Studierende nicht zur Mobilität zu zwingen, sondern jedem/jeder einzelnen einen Masterplatz an der Hochschule des Bachelorabschlusses anzubieten. Diese Masterplatzgarantie darf aber nicht bedeuten, dass Absolventinnen und Absolventen von anderen Hochschulen keinen Zugang zu Masterprogrammen erhalten. Hochschulen mit einer hohen Nachfrage und einer hohen Übernahmequote müssen entsprechend viele Masterplätze anbieten – wir fordern: Master für alle!

## **8 Semester Regelstudienzeit – Bologna studierbar machen**

Am KIT war sie schon Konsens, im Wissenschaftsministerium ist sie gescheitert: die Verlängerung der Regelstudienzeit auf 8 Semester. Trotz des Neins aus Stuttgart setzen wir uns weiter für die Flexibilisierung der Studienzeit mit entsprechender Verlängerung der

Regelstudienzeit ein. Studierende müssen auch im Bachelor Zeit für individuelle Schwerpunkte haben und eigene Interessen verfolgen können. Nur so kann Selbstständigkeit, eine wesentliche Qualifikation des Studiums, gefördert werden.

## **Militärforschung für Bundeswehrunis – Zivilklausel für *alle* anderen**

Forschen bedeutet Handeln und mit jedem Handeln geht eine ethische Verantwortung einher. Militärforschung missachtet und verhöhnt diesen Anspruch. Wir fordern die Zivilklausel, damit Forschung am KIT nur friedliche Zwecke verfolgt. Dies bedeutet, dass sich Forscherinnen und Forscher am KIT dazu verpflichten, mit ihrer Forschung nur friedliche Zwecke zu verfolgen und schließt insbesondere Kriegsforschung aus.

Folgende vier Gründe sprechen aus unserer Sicht eindeutig für die Zivilklausel im Landeshochschul- und KIT-Gesetz:

1. Militärforschung gehört an Bundeswehrunis und darf nicht an zivilen Hochschulen mit ziviler Forschung um Ressourcen konkurrieren. Die Infrastruktur an zivilen Hochschulen wird aus öffentlichen Haushaltsmitteln finanziert, die nicht für militärische Zwecke vorgesehen sind. Diese Intention darf nicht umgangen werden.
2. Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen an zivilen Hochschulen nicht vor die Wahl gestellt werden, sich an Militärforschung zu beteiligen oder den Job zu wechseln. Es darf nicht im alleinigen Ermessen der Professoren und Professorinnen liegen, ob militärisch geforscht wird oder nicht.
3. Häufig wissen Studierende nicht genau in welchem Kontext ihre Abschluss- oder Seminararbeiten stehen bzw. welchen konkreten Projekten sie zuarbeiten. Studierende sollten mit wissenschaftlichen Arbeiten Militärforschung nicht unwissentlich oder unbeabsichtigt unterstützen. Die individuelle Gewissensentscheidung ist, wie schon unter (2), höher zu gewichten als die Freiheit von Forschung und Lehre.
4. Militärforschung ist in der Regel geheim und steht somit dem Ziel einer friedlichen und international kooperierenden “scientific community” entgegen. Gemeinsame Forschung und Open Access können mehr zum gesellschaftlichen Fortschritt beitragen als abgeschottete Militärprogramme.
5. Speziell am KIT kommt hinzu, dass eine Zivilklausel für den Großforschungsbereich (Campus Nord) bereits besteht. Da es jedoch erklärtes Ziel des KIT ist, Forschung und Lehre von Campus Nord und Süd zu verschmelzen, muss auch die Zivilklausel für das gesamte KIT gelten.

Uns ist bewusst, dass zwischen militärischen und zivilen Zwecken nicht immer klar unterschieden werden kann; ist ein sicheres Kommunikationssystem schon “Kriegsforschung” oder überwiegt der zivile Schutz gegen einen Überwachungsstaat? Für strittige Forschungsprojekte fordern wir daher eine zur Verschwiegenheit verpflichtete, ständige Kommission, die Forschung auch gegen Bedenken einzelner zulassen kann.

Übrigens: Der Verfassungsrechtler Denninger hat in einem vielbeachteten Gutachten deutlich gemacht, dass dem Grundgesetz eine Friedens-Finalität innewohnt und daher eine Zivilklausel dem Grundsatz der Freiheit von Forschung und Lehre nicht entgegensteht.<sup>1</sup>

## Reiche Eltern für alle!

Es darf nicht sein, dass die soziale Herkunft oder die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses maßgeblich über den Erfolg eines Studiums entscheiden. Wir fordern daher:

### BAföG

Seit 40 Jahren unterstützt das BAföG die Studienfinanzierung. Gemessen an der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks decken die BAföG-Sätze jedoch nicht den tatsächlichen Finanzierungsbedarf der Studierenden. Wir brauchen kein Deutschlandstipendium sondern eine bedarfsdeckende Erhöhung der BAföG-Regelsätze.

Außerdem fordern wir die Entkoppelung von BAföG-Bezugsdauer und Regelstudienzeit. Sofern die Studienfinanzierung zeitlich beschränkt ist, sollte sich die Bezugsdauer stattdessen an der Durchschnittsstudiendauer orientieren. Diese Größe beziffert die notwendige Förderungsdauer für ein erfolgreiches Studium wesentlich besser als eine oft unrealistische Regelstudienzeit.

### Faire HiWi-Löhne

Wir fordern ein Ende des Lohndumpings. Deshalb brauchen wir einen KIT-weiten Tarifvertrag mit angemessener Bezahlung für studentische Hilfskräfte. Als Beispiel kann hier die Situation von studentischen Hilfskräften in Berlin gelten.

Das KIT verdrängt mit billigen studentischen Arbeitskräften reguläre Jobs in der Verwaltung, Forschung und Lehre. Insbesondere die Hilfskräfte in der Verwaltung müssten aber schon jetzt nach dem Tarifvertrag der Länder bezahlt werden. Wir unterstützen Studierende, die ihr Recht auf angemessene Bezahlung einfordern wollen und fordern das KIT auf, endlich faire Löhne zu zahlen.

---

<sup>1</sup>Vgl. Denninger, E. (2009). *Zur Zulässigkeit einer so genannten “Zivilklausel” im Errichtungsgesetz für das geplante Karlsruher Institut für Technologie (KIT)*. Rechtsgutachten.

## **Faire Praktika**

Wir unterstützen Initiativen, die sich für faire Praktika einsetzen. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode eine Praktikumsbörse mit Firmen, die Praktika fair bezahlen und als Lernsituation statt als billigen Arbeitskraftersatz anbieten, veranstalten.

## **Wohnraumsituation**

Die aktuelle Wohnraumsituation ist nicht akzeptabel. Wir fordern u.a. im Rahmen des Projektes Studentenstadt 2015 den Ausbau von bezahlbaren Wohnungen und Wohnheimspätzen. Dabei muss auch eine sinnvolle Stadtentwicklung berücksichtigt werden, die auch die Bedürfnisse anderer Stadtbewohner, z.B. junger Familien, berücksichtigt.

Wir fordern die Einführung eines qualifizierten Mietspiegels für Karlsruhe und setzen uns in städtischen Gremien dafür ein. Insbesondere angesichts der doppelten Abiturjahrgänge in einigen Bundesländern dürfen die Mieten nicht unbeschränkt steigen.

## **Studiengebühren**

Ein breites Bündnis spricht sich seit der Einführung der Studiengebühren gegen diese ungerechte Maßnahme aus. Nach unserem vehementen Protest hat die grün-rote Landesregierung die Studiengebühren am 21.12.2011 endlich abgeschafft.

## **Sonstiges**

### **Internationales**

Wir unterstützen den demokratischen Aufbruch im Nahen Osten und Nord-Afrika. Im vergangenen Jahr haben wir an zwei Abenden Interessierte und Studierende aus der Region zusammengebracht und kontrovers miteinander diskutiert. Auch wenn dieses Themengebiet nicht zur Hochschulpolitik gehört und auch kein Thema für den UStA/ASTA darstellt, schauen wir über den Horizont der eigenen Hochschule hinaus.

### **Verfasste Studierendenschaft**

Im Sommer 2012 wird die Verfasste Studierendenschaft in Baden-Württemberg wieder eingeführt. Wir beteiligen uns aktiv am Gestaltungsprozess. Wir stehen für die Verfasste Studierendenschaft mit Satzungsautonomie, Finanzhoheit, Rechtskörperschaft und politischem Mandat.

Die Satzungsautonomie ist notwendig, um die Ausgestaltung der Interessenvertretung an die Bedürfnisse der jeweiligen Hochschule anzupassen und um den vielfältigen, unabhängigen Vertretungsstrukturen gerecht zu werden.

Nur durch die Finanzhoheit kann die Unabhängigkeit der Studierendenschaft gewährleistet werden. Die Studierenden finanzieren ihre Vertretung mit Beiträgen selbst, wobei die Hochschule eine Grundfinanzierung gewährleisten sollte.

Die Studierendenschaft muss eine eigene Rechtskörperschaft sein, um einerseits eigenständig Verträge schließen zu können wie z. B. über ein Studierenticket im ÖPNV und um andererseits notfalls vor den Verwaltungsgerichten ihre Rechte gegenüber Hochschule und Politik einklagen zu können.

Die zentrale Aufgabe der Verfassten Studierendenschaft ist die Vertretung der Interessen ihrer Studierenden. Diese Interessen sind auch politischer Natur oder können einen politischen Handlungsbedarf aufzeigen. In diesen Themenfeldern muss die Studierendvertretung sich äußern und auf den politischen Prozess Einfluss nehmen dürfen. Deshalb sind die Verfasste Studierendenschaft und das allgemeinpolitische Mandat untrennbar miteinander verknüpft.

## **Gegen Rechts**

Der Kampf gegen Rechtsradikale und Faschisten macht an der Tür zur Hochschule keinen Halt. Für uns gilt: Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen! Gemeinsam beteiligen wir uns am friedlichen Protest gegen Rechts, z.B. am 1. Mai.

## **Kommunalpolitik gestalten – Slacklineverbot aufheben**

Studentische Interessen gehen über Forschung und Lehre hinaus. Insbesondere Sozial- und Kommunalpolitik wirkt sich direkt auf die meisten unserer Kommilitoninnen und Kommilitonen aus. Aus diesem Grund engagieren wir uns auch in der Karlsruher Kommunalpolitik. Sei es bei den Verhandlungen über das neue Studierenticket oder bei der Ausgestaltung des Stadtentwicklungsplans „Studentenstadt 2015“ – die Juso-Hochschulgruppe steht in engem Kontakt zur SPD-Gemeinderatsfraktion und vertritt auch dort studentische Interessen.

Aktuell setzen wir uns für das Ende des Slacklineverbots im Schloßgarten ein, das zum Schutz der Bäume erlassen wurde. Es ist klar, dass durch Slacklines keine Schäden entstehen dürfen. Es ist jedoch nicht klar, warum verantwortungsbewusste SlacklinerInnen, die die Bäume z.B. mit gepolsterten Gurten schützen, ihrem Hobby nicht nachgehen dürfen. Wir fordern daher, Slacklines mit angemessenen Auflagen in Karlsruhe wieder zu erlauben.

## **Semesterzeiten anpassen – Insellösungen vermeiden**

Wir fordern die Angleichung der internationalen Semesterzeiten. Das heißt für uns nicht zwingend, dass sich die deutschen Semesterzeiten komplett an den angloamerikanischen Zeiten ausrichten müssen, schließt dieses aber auch nicht aus. Wichtig ist uns jedoch, dass innerhalb des deutschen Hochschulraums keine Semesterzeiteninseln entstehen, wie es in Mannheim passiert ist. Die Verschiebung der Semesterzeiten in Deutschland muss gemeinsam mit möglichst vielen Hochschulen erfolgen.

Dafür sollten sich das KIT und die Studierendenschaft in überregionalen Gremien, wie der Hochschulrektorenkonferenz oder den Mitgliederversammlungen des fzs (bundesweiter studentischer Dachverband) einsetzen. Diese Position haben wir bereits in das Studierendenparlament und auf einer Vollversammlung eingebracht. In beiden Gremien konnten wir eine Mehrheit für unsere Anträge gewinnen. Diese Entscheidungen, denen eine intensive Diskussion in vielen Gremien der Studierendenschaft voranging (in einzelnen Fachschaften, in der Fachschaftenkonferenz und mehrfach im Studierendenparlament) wollen wir beibehalten.

## **KIT-Weiterentwicklungsgesetz – Teilerfolg und gebrochene Versprechen**

Mit dem KIT-Weiterentwicklungsgesetz bricht die grün-rote Landesregierung ihr erstes hochschulpolitisches Wahlversprechen. Dank einiger Karlsruher Landtagsabgeordneten von Grünen und SPD konnten zwar Teilerfolge erzielt werden, wie beispielsweise das studentische Vetorecht bei der Besetzung des Präsidiummitglieds für Studium und Lehre; dennoch blieben zentrale Wahlkampfversprechen unerfüllt. Sowohl Grüne als auch SPD versprachen im Wahlkampf, u.a. auf Drängen der Juso-Hochschulgruppen im SPD-Landesvorstand, die Einführung einer Zivilklausel.

Die grüne Ministerin Theresia Bauer und der Ministerpräsident Winfried Kretschmann haben sich jedoch inzwischen öffentlich von einer solchen Friedensklausel distanziert. Ebenso konnte sich die neue Landesregierung nicht dazu überwinden, den Aufsichtsrat wie versprochen deutlich zu entmachten, im Gegenteil wurden die Führungsstrukturen des KIT durch die erweiterte Autonomie noch gestärkt.

Gemeinsam mit den Karlsruher Landtagsabgeordneten fokussieren wir uns nun auf die Novellierung des Landeshochschulgesetzes, die voraussichtlich im Sommer 2013 ansteht. Dies ist aus unserer Sicht die nächste große Chance, die gesetzliche Grundlage für baden-württembergische Hochschulen und das KIT zu gestalten.